

## Europa und das nahöstliche Dilemma

von Karin Kneissl<sup>1</sup>

Das Wortspiel vom Nahen Osten bzw. dem englischen Begriff des „Middle East“ eignet sich hervorragend für das praktische Verstehen der aktuellen Flüchtlingskrise und der unterschiedlichen Reaktionen europäischer Regierungen. Denn während die Region zwischen Nordafrika, dem östlichen Mittelmeer Raum und dem Persischen Golf in fast allen kontinentaleuropäischen Sprachen<sup>2</sup> als Naher Osten bezeichnet wird, spricht man im Englischen von „Middle East“. Aus London betrachtet war die Region immer schon ein Stück weiter weg. Und aus einer US-Perspektive gesprochen ist diese von Konflikten gebeutelte Weltecke einfach sehr weit weg. Der Umgang mit der Krise und die unterschiedliche Betroffenheit finden ihre Erklärungsursachen neben vielen historischen und aktuellen Gründen auch in der Nähe zu den Krisenregionen. „Die Geographie ist die Konstante der Geschichte,“ wie der deutsche Staatsmann Otto von Bismarck diese alte Einsicht eines Realpolitikers einst trefflich formulierte.

Während sich die USA zusehends aus der Region zurückziehen, bleibt Europa gewissermaßen auf dem nahöstlichen Scherbenhaufen sitzen, der die Folge der vielen Kriegsgänge der USA im Nahen Osten der letzten 30 Jahre ist. Die Flucht nach Europa illustriert dies ebenso wie die wachsende Zahl terroristischer Anschläge, die ihren Ursprung meist in der Region finden. Dieser Beitrag befasst sich mit den wesentlichen Gründen für den aktuellen massiven Exodus, wobei zwischen Emigration, Flucht vor Krieg und Vertreibung zu unterscheiden ist.

Die überwiegende Zahl der Kriegsflüchtlinge hält sich weiterhin in der Region selbst auf. Ob es sich um die rund fünf Millionen Palästinenser handelt, die von der UNRWA seit 1949 (damals ging es um rund 300.000 Palästina Flüchtlinge) erfasst und betreut werden, oder um die rund vier Millionen irakischen (seit 2003) und syrischen Kriegsflüchtlinge (seit 2011), sie flüchteten meist in die Nachbarstaaten. Dasselbe gilt für die Millionen Afghanen, die in Wellen seit 1979 ihr Land verließen und in großer Zahl vom Iran aufgenommen wurden.

Die Massenflucht in Richtung Europa ist ein relativ junges Phänomen, das aber binnen weniger Monate zu großen Verwerfungen in den Aufnahmeländern und innerhalb der EU geführt hat. Für 2016 ist mit einem Anhalten der nahöstlichen Migration zu rechnen, zumal die Kriege, so auch in der Türkei und in Libyen, sich verschärfen werden. Mangels einer europäischen Lösung wird es zu vielen nationalen Lösungsversuchen kommen. Die Folgen für die EU - jenseits des Themas Schengen und der damit verbundenen offenen Grenzen - sind enorme wirtschaftliche und v.a. gesellschaftliche Herausforderungen, die unter den aktuellen politischen Bedingungen in der EU kaum zu bewältigen sind. Ein Zerfall Europas wird mit einem relativ engen Zeitplan, nämlich dem Europäischen Rat von Mitte Februar, der sich mit Migrationsfragen befassen soll, von wesentlichen

---

<sup>1</sup> Anm: Bei diesem Text handelt es sich um eine erweiterte und adaptierte Version meines Beitrags für die Publikation „Truppendienst“, erschienen im Frühjahr 2016

<sup>2</sup> Im Italienischen ist es der „Proximo Oriente“, auf Französisch der „Proche Orient“; bloß aus der spanischen Peripherie gesehen ist es der „Medio Oriente“.

Politikern in unmittelbarem Zusammenhang gestellt.<sup>3</sup> Denn stellen die einen, so v.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die humanitäre Dimension in den Vordergrund, betont andererseits die französische Regierung, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Anschläge in Paris vom 13. November 2015 die Sicherheitsfrage. Dass wir es mit einer Dysfunktion des staatlichen Gewaltmonopols zu tun haben, zeigt sich, wenn pro Tag Tausende Flüchtlinge ohne Registrierung in Europa eintreffen bzw. Flüchtlinge sich mehrfach registrieren und mit unterschiedlichen Identitäten dann ihre staatliche Unterstützung abholen oder Straftaten begehen, wie im Fall der Anschläge von Paris.<sup>4</sup>

Ein Riss geht durch Europa ebenso wie innerhalb der Nationalstaaten das Vertrauen in die nationalen Institutionen schwindet. Von der Balkanisierung Europas zu sprechen, liegt beinahe auf der Hand. Denn die Zersplitterung zwischen Norden und Süden der EU nun zwischen Osten und Westen greift um sich. Die Flüchtlingsfrage, v.a. aber die Reaktion der Politik darauf, mag als „schwarzer Schwan“, also die fast unvorhersehbare Force Majeure gelten, aber viele andere Zentrifugalkräfte erschüttern die EU bereits seit der Euro-Krise in ihren Grundfesten.<sup>5</sup>

### **Die vielen Auslöser für den Massenansturm auf Deutschland im Herbst 2015**

Wie nahe uns der Nahe Osten ist, wurde im Herbst 2015 Menschen zwischen Spielfeld, Nickelsdorf und Passau angesichts des Exodus spürbar klar, der ab September massiv via Türkei, Griechenland und die Balkanstaaten Mitteleuropa erreichte. Auslöser für diese Migrationsbewegung, vor der zahlreiche Nachrichtendienste bereits 2014 gewarnt hatten<sup>6</sup>, waren neben der Öffnung der Grenzen durch die türkischen Behörden, die Kürzung der humanitären Hilfe an die UN-Organisationen für die Betreuung der Flüchtlingslager im Nahen Osten durch zahlreiche Geberstaaten, sowie die von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel am 4. September 2015 verkündeten Willkommenspolitik, die zu den bekannten Verwerfungen führen sollte. Es ging zunächst darum, dass syrische Staatsbürger von den „Dublin III Maßnahmen“, den Normen zur Absicherung des Schengen Raumes, ausgenommen und nicht mehr in das EU-Erstaufnahmeland zurückgewiesen würden. Einen Beschluss des deutschen

---

<sup>3</sup> Französischer Premierminister Manuel Valls in zahlreichen Interviews rund um das Weltwirtschaftsforum von Davos zw. 20. und 23.1.2016: [http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/world-economic-forum/Europa-kann-auseinanderbrechen/story/24797731?dossier\\_id=2521](http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/world-economic-forum/Europa-kann-auseinanderbrechen/story/24797731?dossier_id=2521):

«Wir müssen mit dem Gefühl leben, dass Europa in den kommenden Jahren auseinanderbrechen könnte», sagte der französische Premierminister. «Das Europa-Projekt kann scheitern, wenn wir die Sicherheits- und die Flüchtlingsfrage nicht klären können.»

<sup>4</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/pariser-angreifer-nutzte-20-identitaeten-in-sieben-laendern-a-1073439.html>

<sup>5</sup> Karin Kneissl, Die Zersplitterte Welt. Wien 2013

<sup>6</sup> Die italienische Tageszeitung La Repubblica veröffentlichte im April 2014 laufend Berichte, dass über eine Millionen Menschen südlich und östlich des Mittelmeers nach Europa flüchten würden.

Weiters rechnete der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, schon im März mit einer neuen Rekordzahl von Flüchtlingen in Europa: "Unsere Quellen berichten uns, dass zwischen 500.000 und einer Million Migranten bereit sind, Libyen zu verlassen", sagte Leggeri demnach im Frühjahr. Im Juni erklärt der Frontex-Chef in einer internen Sitzung des Bundestages, "dass die irregulären Grenzübertritte von der Türkei nach Griechenland im Vergleich zum Vorjahr um 550 Prozent gestiegen sind". Die Zahl wurde dem Innenministerium und dem Kanzleramt übermittelt. Ex Die Welt vom 8.11.2015

Bundestags gab es für diese Entscheidung der Kanzlerin nicht. Ebenso wenig hatte die deutsche Bundesregierung diese Maßnahme mit ihren europäischen Partnern abgesprochen.

Diese und nachfolgende Ankündigungen, wie dass es keine Obergrenze für Asylwerber gäbe, führte nicht nur zum schwunghaften Handel mit gefälschten syrischen Pässen. Es kam zu einem regelrechten Massenansturm auf Deutschland. Hunderttausende Menschen reisten ohne Registrierung nach Deutschland ein. Durch Österreich wurden zwischen September und November im Schnitt 5000 Menschen pro Nacht „geschleust“. Ein Kollaps der Staatsgewalt fand statt, denn die Situation war völlig außer Kontrolle geraten, wie einige Politiker zugaben.<sup>7</sup> Die Exekutive verteilte Decken und Wasserflaschen, doch konnte sie sich nicht gegenüber Personen behaupten, die sich ihren Anweisungen widersetzen. Die Bilder solcher Szenen gingen ebenso wie die Selfies, welche die deutsche Bundeskanzlerin mit Dutzenden arabischen Flüchtlingen zeigte, via Whatsapp bis nach Karachi.

Menschen, die zuvor nie daran gedacht hatten, sich auf den Weg nach Europa zu machen, bestellten elektronische Pässe in Kabul, wo bis zu 5000 Reisedokumente pro Tag im Oktober ausgestellt wurden, oder ließen Papiere fälschen. Es hatte sich herumgesprochen, dass man in der Masse nunmehr ohne Kontrollen nach Europa gelangen könne. Denn zuvor musste man Schlepper zahlen und mit Abschiebung rechnen, sollte man beim illegalen Grenzübertritt gefasst werden. Jahrzehnte lang war Europa bereits mit Fluchtbewegungen von einem überschaubaren Maß konfrontiert und reagierte mit politischen Initiativen, denen aber letztlich kein Erfolg beschieden war.

### **Die Mittelmeer Route und die vielen EU-Programme**

Die Fluchtbewegungen über das Mittelmeer, die in den 1980er Jahren vor allem die Straße von Gibraltar betrafen, erfassten in den 1990er Jahren, als in Algerien der Bürgerkrieg tobte, die Strecken in Richtung Frankreich und Sizilien. Spanien, Italien und Frankreich reagierten 1995 mit der EU Initiative des Barcelona Prozesses. Die Idee war, durch Investitionen die Wirtschaft in den südlichen und östlichen Mittelmeer Anrainer Staaten zu verbessern, um derart die wirtschaftlichen Fluchtgründe zu reduzieren. Das Mittel hierfür waren die EU-Assoziationsabkommen.<sup>8</sup>

Diese Partnerschaft für den Mittelmeer Raum wurde von der französischen Initiative für eine Mittelmeer Union 2008 überlagert. Letztere löste sich in den Turbulenzen der arabischen Revolten von Anfang 2011 durch Demissionen wesentlicher Koordinatoren teils auf. Zwar kann man den seit jeher sehr unterschiedlich von illegaler Migration und Kriegsflüchtlingen aus dem Nahen Osten betroffenen europäischen Regierungen nicht den Vorwurf der politischen Untätigkeit machen, da allein die beiden genannten Initiativen viel politischen Willen und finanzielle Mittel erforderten. Mangelhaftes Monitoring in der Umsetzung sowie falsche Rekrutierung von Mitarbeitern in der Kommission und ihren Außenvertretungen in den nächstlichen Partnerländern trugen

---

<sup>7</sup> Außenminister Sebastian Kurz in der TV Debatte „Im Zentrum“ am 13.9.2015

<sup>8</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3Arx0001> Stand 1.8.2008. Die Union für den Mittelmeerraum soll die Beziehungen zwischen Europa und den Mittelmeerdrittländern im Rahmen einer gestärkten Europa-Mittelmeer Partnerschaft vertiefen und sichtbare und konkrete Ergebnisse für die Bürger dieser Region erzielen.

aber zum Scheitern dieses Prozesses bei.<sup>9</sup> Hinzu trat eine grundsätzlich falsche Umfeld Analyse durch jene der Kommission nahestehenden Brüsseler Denkfabriken<sup>10</sup>, die wesentliche demografische Veränderungen und die wachsenden Spannungen in den oft gut bewerteten Partnerländern, wie Tunesien und Ägypten, nicht begriffen hatten.

Als die Bürgermeisterin von Lampedusa seit Frühjahr 2011 infolge des massiv ansteigenden Flüchtlingsdrucks aus Libyen regelmäßig ihre Hilfsappelle an Brüssel richtete<sup>11</sup>, da die kleine italienische Insel mit der Rettung und Versorgung der meist aus Subsahara Afrika stammenden Menschen nicht mehr zu Rande kam, tat man im Rest Europas wenig bis nichts zur finanziellen Stützung Italiens. Verständlich ist daher auch das Veto Roms gegen die geplante Milliardenhilfe der EU für die Türkei. Letztere betreibt hingegen die deutsche Bundesregierung vehement, ohne die ambivalente Rolle der islamistischen Regierung zu erfassen. Angesichts der hohen Zahl an politischen Gefangenen in der Türkei und der wachsenden Tendenz, dass das Land in eine Diktatur abgleitet, ist nicht auszuschließen, dass die nächste größere Flüchtlingswelle türkische Bürger umfasst, die von ihrer Regierung politisch verfolgt werden. Bereits jetzt ist die Türkei der Staat in der europäischen Nachbarschaft mit der höchsten Zahl an politischen Häftlingen. Die staatliche Willkür hat seit Sommer 2015 nochmals zugenommen.

Das Thema kam nicht überraschend auf die politische Agenda, doch der Lernprozess sowohl in den europäischen Institutionen als auch auf nationaler Regierungsebene hat seit den 1990er Jahren nicht die erforderlichen Ergebnisse gezeitigt.

### **Emigration als Folge der Bevölkerungsexplosion**

Auswanderung aus dem Nahen Osten hat Tradition. Emigranten aus dem Libanon und Syrien werden in Lateinamerika bis heute oft „Los Turcos“ genannt, da sie aus dem Osmanischen Reich kamen. Die Gründe für Auswanderung waren auch damals sowohl wirtschaftliche – u.a. eine schwere Hungersnot 1915 – als auch politische, v.a. die Repression der osmanischen Besatzer in den arabischen Provinzen, die nach Unabhängigkeit strebten. Doch waren damals noch mehr Auswanderungsdestinationen vorhanden, wo Emigranten sich ein neues Leben aufbauen konnten, und der Bevölkerungsdruck in den Herkunftsländern war bedeutend niedriger.

Die korrekte Bezeichnung des libanesischen Außenministeriums lautet in der französischen Version daher auch „Ministère des Affaires Etrangères et des Emigrés“, denn acht bis zwölf Millionen Auslandslibanesen gibt es neben den rund fünf Millionen Staatsbürgern im Land. Ähnlich verhält sich mit den rund zwei Millionen iranischen Doppelstaatsbürgern, die neben ihrem iranischen Pass über einen US-Pass verfügen. Die Liste ließe sich mit der ägyptischen Diaspora von über zwei Millionen Menschen in Nordamerika fortsetzen. All diesen Emigranten, die oft als Händler und Unternehmer auswanderten, ist aber mehrheitlich wirtschaftlicher Erfolg gemein. In vielen Fällen handelte es sich um die jeweilige Mittelschicht, die ob aus Opposition zur Regierung oder aus Kriegsgründen das Land verließ. Anders verhält es sich mit den aktuellen Auswanderern aus Nordafrika und dem Nahen Osten, den MENA-Staaten. Die heute 18 bis 30-Jährigen sind die arabischen Babyboomers, die in ihren Heimatländern auch

---

<sup>9</sup> Beobachtungen der Autorin in Beirut im Zuge ihrer Lehrtätigkeit an der USJ 2002-2011.

<sup>10</sup> The Economist vom 17.9.2009 Kolumne Charlesmagne „The dodgy side of Brussels think tanks“

<sup>11</sup> Deutsche Welle vom 11.2.2011: „Ganz Europa ist betroffen, also muss auch ganz Europa handeln“, so der Hilfsappelle der italienischen Regierung an die EU-Kommission.

unter den besten wirtschaftlichen Bedingungen sich keine berufliche Existenz aufbauen können, da die Arbeitsplätze fehlen. Allein in Ägypten müssten alle zehn Monate rund 400.000 Jobs geschaffen werden, um die Absolventen mit Abschluss auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Die Weltbank nennt in einer aktuellen Studie die Notwendigkeit von 100 Millionen Arbeitsplätzen in den MENA Staaten bis 2020, um die rasch wachsende Bevölkerung entsprechend mit Arbeit zu versorgen.<sup>12</sup>

Vor dieser Entwicklung warnten die Verfasser des vom UNDP, dem Entwicklungsprogramm der UNO, 2002 in Auftrag gegebenen „Arab Development Report“.<sup>13</sup> Die Bevölkerung in den 22 arabischen Staaten hatte sich im Zeitraum 1985 bis 2000 gleichsam verdoppelt. Die Bevölkerungspyramide verzeichnet in der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen eine Ausstülpung, die der US-Wissenschaftler Gary Fuller 1995 erstmals als „youth bulge“, also Jugendüberschuss, definierte. Neben ihm befasste sich auch der deutsche Soziologe Gunnar Heinsohn mit diesem Thema im nahöstlichen Kontext.

In vielfacher Hinsicht sahen Demografen die Unruhen und arabischen Revolten von 2011 viel klarer voraus als die meisten Sicherheitsexperten. Es war schon aus Gründen der Bevölkerungsentwicklung absehbar, dass die wachsende Wut von Millionen Arbeitslosen ohne Perspektiven, die sich gegen ein autoritäres System erhoben, das keine Leistungsgesellschaft zuließ, zu Chaos führen würde. Es ist auch diese demografische Situation einer der vielen Auslöser der arabischen Revolten im Jänner 2011. In meinem Buch „Testosteron Macht Politik“ habe ich mich zwischen 2011 und 2012 mit dem Phänomen der zornigen jungen Männer befasst, die zu allen Zeiten der Geschichte zu Gewalt neigten, wenn sie sich aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Umstände keinen Status schaffen konnten.<sup>14</sup> Als dann die Revolutionen scheiterten bzw. in Kriege mündeten, machten sich v.a. diese jungen Männer aus dem Nahen Osten auf den Weg nach Europa. Laut Statistiken der Innenministerien Deutschlands und Österreichs waren bis Oktober 2015 rund 77 Prozent der Asylwerber allein reisende Männer zwischen 18 und 35 Jahren, was aber nicht heißt, dass sie unverheiratet sind. Besonders unter den Syrern und Irakern setzen viele auf Familiennachzug, den die österreichische Gesetzgebung aber bereits erschwert hat, indem der Nachweis eines bestimmten Einkommens und einer Wohnung zu erbringen ist. In der Folge kamen im November einige Hundert syrische Buben im Alter von 8 bis 12 Jahren in Österreich an, die ein mitreisender Verwandter in einer der Flüchtlingsunterkünfte meist abgab.<sup>15</sup> Minderjährige sind von den verschärften Bedingungen für den Familiennachzug ausgenommen.

Die Emigration aus der MENA-Region nach Europa würde auch ohne die Kriege in Syrien, im Irak und Libyen erfolgen. Der starke Bevölkerungsdruck von Marokko bis

---

12

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/0,,contentMDK:20260961~pagePK:146736~piPK:146830~theSitePK:256299,00.html>

<sup>13</sup> Arab Human Development Report 2002 by the UNDP, p.21; see: <http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2002e.pdf>.

<sup>14</sup> Karin Kneissl, Testosteron Macht Politik. Wien (Braumüller) Mai 2012

<sup>15</sup> Die Autorin übersetzte für einige Kinder in einem Jugendheim Anfang Dezember 2015.

Ägypten bedingt die hohe Zahl an Nordafrikanern unter den 2015 nach Europa gelangten Flüchtlingen. Emigration aus wirtschaftlichen Zwängen heraus findet daher statt und wird angesichts der anhaltend hohen Geburtenquote weitergehen. Die Ausgabe der OECD Migration Policy Debates vom September 2015 zitierte eine Gallup Umfrage, wonach der Auswanderungsdruck sowohl aus den MENA Staaten als auch aus Subsahara Afrika andauern und anwachsen werden.<sup>16</sup> So würde jeder zweite Nigerianer in der Altersgruppe der 15 bis 25-Jährigen nach Europa auswandern wollen, wobei meist Deutschland, Dänemark und Schweden als Zielländer genannt wurden.

Der Nahe Osten exportiert gegenwärtig arbeitslose junge Männer, die aber in ihrer jeweiligen Biographie nicht das Schicksal des Kriegsflüchtlings nachweisen können. So fehlen laut UNRWA aus dem Beiruter Palästinenserlager von Sabra und Schatila rund 11.000 Palästinenser, deren Vorfahren als Flüchtlinge 1948 bzw. 1967 in den Libanon kamen. Das Lager erlangte weltweit traurige Berühmtheit, als christliche Milizionäre der Phalange in vermeintlicher Rache für den am 14.9.1982 ermordeten Präsidentschaftsbewerber Beshir Gemayel Tausende von Palästinensern in einer Nacht ermordeten. Die israelische Besatzungsarmee ließ die verbündete Miliz gewähren. Die Nachkommen der Überlebenden sind mit einem bestimmten Narrativ über Christen und Juden aufgewachsen. Aus UNRWA Lagern in Jordanien fehlen ebenso um die 50.000 Personen, die sich offenbar in die große Fluchtbewegung über die Balkanroute im Herbst mischten.<sup>17</sup> All diese Personen können nicht als Kriegsflüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 bezeichnet werden. Denn diese nimmt in Absatz D explizit all jene Personen aus, die bereits von einer UN-Organisation - mit Ausnahme des Flüchtlingshochkommissariats UNHCR - betreut werden.

Die Kriege in der Region verschärfen aber die ohnehin prekäre Situation traditioneller Aufnahmeländer wie Libanon und Jordanien, wo Hunderttausende Flüchtlinge in den letzten Jahrzehnten immer wieder aufgenommen wurden. Die Folgen zweier wesentlicher Kriegsgänge beuteln aber gegenwärtig die Menschen in der Region und könnten bis zum Zerfall einiger Staaten führen. Es geht um den Irakkrieg von März 2003 und die Nato Libyen Intervention im März 2011, als zahlreiche europäische Regierungen Kriegsgänge im Namen von Regime Wechsel und Demokratie mittrugen.

### **Kriege im Namen der Demokratie**

Am 20. März 2003 begannen die USA und ihre Verbündeten mit den Luftangriffen auf den Irak, der Einmarsch in Bagdad erfolgte am 8. April und am 23. Mai löste die US-Verwaltung im Irak die Armee des Landes auf, die zuvor zu einer der an Truppen mächtigsten der Region gezählt hatte. Über die Kriegsgründe für diese Intervention wurde viel geschrieben und debattiert. Es ging um die vermeintliche Gefahr, die vom irakischen Arsenal an Massenvernichtungswaffen ausging. Dieser Kriegsgrund erwies sich als Fiktion, wie die Untersuchungen zum irakischen Waffenbestand ergaben. Doch zentral war der Wunsch der USA, einen Regimewechsel mit dem Sturz des seit 1978 herrschenden und lange als Verbündeten des Westens gehandelten Saddam Hussein herbeizuführen. Die Idee der „Intervention im Namen von Demokratie und Menschenrechten“ dominierte vor allem die Debatte in akademischen Zirkeln, wo dieser

---

<sup>16</sup> <http://www.oecd.org/migration/Is-this-refugee-crisis-different.pdf> Migration policy Debates, No.7 September 2015

<sup>17</sup> Gespräche mit UNRWA Funktionären und libanesischer Polizei im November 2015 in Beirut.

Irakkrieg großen Zuspruch fand. Die Autorin wirkte ab 2002 an vielen TV Debatten mit und versuchte vor diesem Kriegsgang zu warnen, erfuhr aber viel Ablehnung von jenen Zirkeln, die auf Menschenrechte und Demokratie pochten. Es war der Sturz des Regime von Saddam Hussein und die im April 2003 von Paul Bremer, dem für die US-Okkupation zuständigen Verwalter, verkündete Auflösung der irakischen Armee, die im Irak ein gewaltiges Vakuum schufen. In diesem breitete sich neben den vielen aufständischen Gruppen, oft aus ehemaligen Soldaten gebildet, die Terrororganisation Al-Qaida aus. Ab 2004 grenzte sich der irakische Zweig unter dem Jordanier Musab az-Zarqawi immer stärker von der Zentrale ab. Den islamischen Dschihad auf die Kerngebiete des arabischen Großreiches, also Bagdad und Damaskus, zu konzentrieren, war seine Losung. Hieraus entstand Daesh, das arabische Akronym für Islamischer Staat im Irak und im Bilad ash-Sham, also dem Großsyrien, das sich die gesamte Levante bis nach Ägypten hinzieht.

Mit der Proklamation des grenzüberschreitenden Kalifats des Islamischen Staates IS im Juni 2014 wurde das von Europa nach dem Ersten Weltkrieg in den Nahen Osten exportierte Modell des Territorialstaates teilweise aufgelöst. Denn die Grenze zwischen Syrien und dem Irak besteht in weiten Teilen nicht mehr. Man fühlt sich an jenes Strategiepapier von 2003 erinnert, das mit den Anschlägen in Madrid am 11. März 2004 internationale Aufmerksamkeit erlangte. „Das ist der Anfang vom Ende der Westfälischen Ordnung“, hieß es in einem Grundsatzpapier radikaler Islamisten unter dem Titel „Dschihadistischer Irak – Hoffnungen und Gefahren“ vom Dezember 2003.<sup>18</sup>

Als Westfälische Ordnung wird das System souveräner Territorialstaaten bezeichnet. Der letzte große Religionskrieg, der nach 30 Jahren und der Ausrottung der Hälfte der europäischen Bevölkerung mit dem Westfälischen Frieden 1648 endete, wurde zur Zeitenwende. Nicht mehr die Religion bildete das Band zwischen Untertanen und Herrscher, sondern das Territorium. Die Basis für den Nationalstaat war gelegt, und das Gewaltmonopol war fortan in staatlicher Hand. Die Westfälische Ordnung bestimmt trotz ihrer Defizite seither unser Zusammenleben. Ein neues Gemeinwesen, basierend auf Religion, will nun die alten Nationalstaaten ersetzen. Damit ist die Westfälische Ordnung über den Haufen geworfen.

Die Zerstörung von Syrien und dem Irak hängt eng mit den Kriegen zusammen, die der Westen im Namen von Regimewechsel und Demokratie 2003 losgetreten hat. Der IS schafft seinerseits nun Staatlichkeit und wächst zusehends. In der Folge stehen weitere Nationalstaaten – wie die Türkei – an der Kippe, sowohl durch den Größenwahn des autoritären Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wie auch vom expandierenden Kalifat zersplittert zu werden.

Sollte eine Stabilisierung Syriens unter UN-Vermittlung gelingen, wie sie sich seit Mitte November anlässlich der damals in Wien geführten Gespräche abzeichnet, dann geschieht dies auch unter dem Eindruck der Terroranschläge von Paris am 13.11.2015. Die Staatengemeinschaft scheint entschlossen, Syrien nicht länger als Aufmarschgelände des Dschihadismus zu dulden. Letzteres war infolge Duldung vieler Stellvertreterkriege lange genug der Fall war. So verabsäumte die NATO ihr Mitglied Türkei in die Pflicht zu nehmen und darauf hinzu wirken, die offenen Grenzen für die ausländischen Kämpfer zu unterbinden und den „Dschihad Highway“ in der Südtürkei

---

<sup>18</sup> <http://www.swedesdock.com/Jihad/>

zu schließen. Seit August 2015 befindet sich die Türkei selbst im Visier des IS. Allmählich ändert die Türkei ihren Kurs, der bis dahin lautete: die Assad Regierung sei gefährlicher als der IS.

Sollte es den verschiedenen Koalitionen gelingen, den IS militärisch in Syrien und im Irak zu schwächen, dann würde dies aber noch nicht das Ende des IS bedeuten. Denn das Kalifat verfügt über quasi staatliche Strukturen mit Verwaltungsebenen, einer militärischen Kontrolle der besetzten Gebieten und einer sehr professionellen Kommunikation. Einem taktischen Rückzug aus den beanspruchten Kerngebieten des einstigen arabischen Großreiches kann aber jedenfalls eine Ausdehnung in Libyen und auf der ägyptischen Sinai Halbinsel erfolgen.

Es war die „humanitäre Intervention“ auf Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 1973, die am 19. März 2011 unter Führung Frankreichs und Großbritanniens begann und dann unter NATO Kommando bis September 2011 zum Regimewechsel in Libyen führte. Auch hier ging wie bereits im Irakkrieg um Rohstoffinteressen. Präsident Nicolas Sarkozy ließ sich in einer Korrespondenz mit der Rebellenführung von Benghazi für den französischen Erdölkonzern Total eine Neuordnung der Förderkonzessionen zusichern.<sup>19</sup> Die Konzessionen, die der staatliche libysche Erdölkonzern NOC ab 2004 internationalen Firmen zugestand, waren für die Investoren, die aber alle in Libyen präsent sein wollten, nicht besonders günstig. Bei Durchsicht des Vertrags, den der italienische Konzern ENI abgeschlossen hatte, konnte man sich nicht des Eindrucks eines „pactum leoninum“ erwehren, also eines sehr unausgewogenen Verhältnis, in das eine Vertragsseite gezwungen wurde.<sup>20</sup>

Die militärische Intervention in Libyen unter dem Titel der Humanität und Menschenrechte markiert den Beginn des Zerfalls des staatlichen Gewaltmonopols. Noch kurz vor seinem Sturz warnte der libysche Langzeitherrscher Muammar al Gaddafi vor einer Somalisierung des Landes. Gegenwärtig existieren zwei Regierungen und in der Region Sirte expandiert der IS. Trotz aller Bemühungen der UN-Vermittlerteams ist eine politische Neuordnung des Landes nicht in Sicht. Vielmehr ist mit einem weiteren Aufstieg des IS zu rechnen, der zur unmittelbaren Bedrohung für Tunesien und Ägypten gleichermaßen wird. Handelt es sich bei den Fluchtbewegungen aus Nordafrika gegenwärtig um junge Männer, die aus Perspektivenlosigkeit als Wirtschaftsmigranten nach Europa kommen, so kann bei fortdauernder Ausdehnung des IS in Nordafrika das Fluchtmotiv Krieg und Vertreibung an Bedeutung gewinnen.

### **Vertreibung durch religiösen Fanatismus**

Was im Sommer 2014 seinen Anfang nahm, hat in diesen 18 Monaten zu einer Serie von Genoziden in Syrien und im Irak geführt. Es mutet nach einer fast mittelalterlichen Kriegsstrategie an, die mit Enthauptungen, Kreuzigungen und Versklavung in den vom Kalifat beherrschten Gebieten Angst und Schrecken verbreitet. Ob die für die IS Kommunikation Verantwortlichen hierbei Anleihe beim Mongolensturm nehmen, sei dahin gestellt. Doch in dem Wunsch nach medialer Aufmerksamkeit ist das Heischen nach noch grausameren Meldungen vorrangig. Die Auslöschung ganzer

---

<sup>19</sup> Die französische Tageszeitung Liberation veröffentlichte am 1.9.2011 Auszüge dieser Korrespondenz. [http://www.liberation.fr/planete/2011/09/01/petrole-l-accord-secret-entre-le-cnt-et-la-france\\_758320](http://www.liberation.fr/planete/2011/09/01/petrole-l-accord-secret-entre-le-cnt-et-la-france_758320) Der Artikel fiel mit der Eröffnung einer Libyen Friedenskonferenz in Paris zusammen.

<sup>20</sup> Persönliche Ansicht der Autorin nach Studium dieses Vertrags.



Bevölkerungsgruppen wie der Jesiden im Nordirak ist nur eines der bekannt gewordenen Dramen. Wo der IS expandiert kommt es regelrecht zu einer Vertreibung der ansässigen Bevölkerung.

Diese Fluchtbewegungen erinnern an den Völkermord an den Armeniern von 1915, den einige europäische Regierungen aufgrund ihrer Allianz mit dem Osmanischen Reich in seinem ungeheuren Ausmaß nicht erfassen wollten. Dazu zählten Deutschland und Österreich-Ungarn. Die Überlebenden der damaligen Vertreibungen fanden zwischen Syrien, dem Libanon und dem Iran eine neue wirtschaftliche Existenz und Heimat. Trotz des die Politik beherrschenden und lähmenden Konfessionalismus, der vom Libanon bis Irak eine Art Gleichgewicht zwischen den vielen ethnischen Gruppen schafft und dann selbige in gewissen Intervallen wieder zur Eskalation bringt, haben die Vertreibungen im Nahen Osten bei aller Brutalität bislang nicht die Ausmaße jener Völkermorde erreicht, die Europa immer wieder beutelten, so zuletzt auch während der Balkankriege der 1990er Jahre.

Die tiefe innerislamische Kluft zwischen Schiiten und Sunniten ist ein weiterer Grund für Vertreibung, wie sie der Irak seit 2003 durchlebt. Die Schiiten stellen weltweit bloß zehn Prozent der Muslime, die große Mehrheit ist sunnitisch. Die Spaltung geht auf einen Nachfolgestreit in der Familie nach dem Tod des Propheten Mohammed 632 unserer Zeitrechnung zurück. Die Schiiten fügten der letzten Offenbarung durch den Propheten noch weitere Elemente, vor allem aber Propheten und Heilige hinzu. In den Augen der Sunniten sind sie Glaubensabtrünnige, die es zu bekämpfen gilt, ja sogar als Knochenbeter werden sie abschätzig bezeichnet, da sie neben Mekka noch viele andere Zentren der Pilgerschaft kennen, wo die von Sunniten getöteten schiitischen Märtyrer verehrt werden. Diese tiefe Glaubensspaltung, auf Arabisch „fitna“, begann in der islamischen Geschichte schon viel früher als die vielen vergleichbaren Spaltungen der Christenheit, ob nun der Zerfall in Ost- und Westkirche, also Orthodoxie versus Katholizismus, oder die vielen Spaltungen infolge der Reformation, vom katholischen Massaker an den Katharern im Mittelalter ganz zu schweigen. In all diesen Konfrontationen geht es letztlich um Interpretation, um die Suche nach der einen absoluten Wahrheit, die jeder für sich beansprucht. Gegenwärtig spielt sich ein grausames Blutbad im Namen dieser Spaltungen ab, das die Gemetzel von Pakistan über den Irak bis nach Syrien und in den Libanon bestimmt. Diese Auseinandersetzung importiert Europa nun gegenwärtig auch in wesentlichen Aufnahmelandern, wo es nicht nur in den Flüchtlingsheimen, sondern auch im öffentlichen Raum zu Handgemengen und mehr zwischen den Anhängern der unterschiedlichen Glaubensgruppen kommen kann. Die Alawiten, die in der Türkei und Syrien ihre wesentlichen Siedlungsgebiete haben und in ihren Riten hellenistisches fortsetzen, werden der Schia zugerechnet.

Der Kampf der Islamisten in Syrien lautete bereits vor der offiziellen Gründung des IS: „Alawiten ins Grab, Christen nach Beirut“. Gemeint ist damit eine ethnische Säuberung, der die rund 15 Prozent Alawiten unter den Syrern und die rund zehn Prozent der meist orthodoxen Christen zum Opfer fallen sollen. Die Angst vor dieser imminenten Vertreibung ist ein Grund, warum die Regierung Assad und die mit ihr verbündeten Kräfte in der Armee an ihrer Macht festhalten. Wäre Ägyptens Staatchef Hosni Mubarak im Februar 2011 nicht von seinem US-Verbündeten fallen gelassen worden, würde eventuell in Ägypten ein ähnlicher Krieg wie in Syrien toben. Das alte Establishment ist zwar nach dem Fall der Muslimbrüder am 3.7.2013 wieder an den Schaltstellen der Macht, doch die Konfrontation mit den in den Untergrund

abgewanderten Muslimbrüdern wird an Härte zunehmen. Umso mehr als sich diese bewaffneten Verbände im Laufe des Jahres 2014 aus mit dem IS zusammenschlossen. Ägyptische Polizisten, Militärs und Richter sind regelmäßig Ziel der Terroranschläge wie auch touristische Einrichtungen.

Wie viele große Dispute in der Menschheitsgeschichte, begann auch dieser als Familienstreit. Als Prophet Mohammed im Jahre 632 n.Chr. verstarb, brach ein Kampf um seine Erbfolge aus, dessen Folgen bis heute die islamische Welt bewegen. Mohammed hatte es vom einfachen Kaufmann aus Mekka nicht nur zum Stifter einer neuen Religion gebracht, sondern war binnen kurzem auch zum politischen und militärischen Führer aufgestiegen. Es ging also um die spirituelle Nachfolge, die „Khalifa“, gleichermaßen wie auch die Weitergabe der weltlichen Autorität, der „Sulta“. Während sich ein Teil von Familie und Gefolgschaft um den Schwiegervater Abu Bakr scharte, zog eine andere Gruppe den Cousin und Schwiegersohn des Propheten als dessen Nachfolger vor. Diese bezeichnete sich als „Schia Ali“, die Fraktion um Ali. Letzterer war mit Fatima verheiratet. Die Anhänger um Abu Bakr setzten sich durch. Mit der Ermordung Alis durch seine Widersacher unter den Omajaden, die in der Folge von Damaskus aus das arabische Weltreich errichteten und in Andalusien ihre spätere Blüte noch entfalten sollten, begann auch ein innerislamischer Konflikt. Die erste sogenannte Fitna war angebrochen, die als Glaubensspaltung übersetzt werden kann. Die Schiiten, die heute rund zehn Prozent der Muslime stellen, und die Sunniten stehen gegenwärtig einander in einer blutigen Konfrontation gegenüber, die sich von Pakistan über den Irak und den Golf zieht und nun in Syrien neuerlich explodiert.

Der östliche Mittelmeerraum, wohin das neu entstandene arabische Weltreich expandierte, war zudem im siebten Jahrhundert von diversen christlichen und jüdischen Strömungen dominiert. Die orientalischen Christen sollten sich in ihrer Vielfalt allen historischen Turbulenzen zum Trotz ebenso halten, wie auch das Judentum in der islamischen Welt einen festen Platz bei der kulturellen und wirtschaftlichen Entfaltung innehatte. Die Gründung des jüdischen Staates Israel 1948 veränderte dann einiges in der vormaligen Koexistenz, die gerade den alten Handelsstädten, wie Damaskus und Aleppo, lange gelebter Alltag war.

Die drei Religionen Abrahams, die sich auf den einen und wahren Gott berufen und auf den absoluten Wahrheitsanspruch jeweils pochen, werden als Vehikel kriegerischer Konfrontation wieder von Millionen bedient.

Syrien reiht sich seit 2011 in jene Schlachtfelder ein, die wir in aller ihrer Tragik aus dem Libanon und dem Irak kennen. Diese drei Staaten, die nach 1920 allesamt aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches hervorgingen, ähneln sich in ihrer demografischen Zusammensetzung. Worauf ich stets gerne verweise, sind die großen Unterschiede, die zwischen Stadt und Land bestehen, im Fall des Libanons vor allem auch zwischen Küste und Gebirge.

Bei einer Lektüre der diversen Propaganda Schriften, so v.a. des zuvor zitierten Papiere über den Dschihad, und im Lichte der Untersuchungen der französischen und nahöstlichen Nachrichtendienste muss man zu dem Schluss kommen, dass Europa verstärkt ins Visier des IS gerät. Ähnlich al Kaida beschreitet auch diese Bewegung zusehends den Weg globalen Terrorismus. Eine Schwächung des IS, wie dies einige

Analysten im letzten halben Jahr feststellen wollten, ist kaum erkennbar. Denn die Koordination mehrerer Terroranschläge von der Türkei bis Indonesien, sowie die Eroberung der syrischen Provinzstadt Deir-ez-Zor in der zweiten Jännerwoche 2016 zeigt eher das Gegenteil.

Libanesischer Sicherheitsquellen zitierten bereits zu Ende des Jahres 2015 eine Reihe von Hinweisen, dass die dritte Welle von Syrien Rückkehrern unmittelbar bevorstehe. Waren die ersten IS-Rückkehrer im Laufe des Jahres 2014 und 2015 jene, die bemerkten, dass man sich im Kampf verletzen könnte bzw. enttäuscht von der Ideologie, so bildete die nächste Gruppe von Dschihadisten u.a. die Terroristen der Anschläge in Paris vom 13.11.15 und vieler anderer, die in Europa vereitelt werden konnten. Diese bezeichnen einige Behördenvertreter noch als Dilettanten, zumal sie entdeckt wurden, ihre Sprengstoffgürtel falsch zündeten etc.<sup>21</sup> Für 2016 rechnen aber viele Sicherheitsexperten mit einer Serie von synchron in zahlreichen europäischen Städten geplanten Anschlägen.

Diese Hinweise und die Untersuchungen der französischen Behörden wurden am 25.2.2016 dann letztlich auch von der europäischen Polizeibehörde Europol aufgegriffen. Der IS verfüge demnach über „neue gefechtsartige Möglichkeiten“, weltweit „eine Reihe groß angelegter Terroranschläge“ zu verüben. Wie viele der potenziellen Attentäter in den Flüchtlingsbewegungen in Europa eingereist und in der Folge untergetaucht sind, gibt den Behörden Rätsel auf, zumal Tausende Flüchtlinge sich der Registrierung im Herbst 2015 schlicht entzogen.<sup>22</sup> Der Flüchtlingsstrom aus dem Nahen Osten und Nordafrika tritt eine Serie von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und vor allem auch sicherheitspolitischen Problemen los, deren Ausmaß den Befürwortern der Willkommenskultur offensichtlich entging, jedenfalls aber entglitt. Max Weber, der Begründer der modernen Soziologie, unterscheidet klar zwischen der Gesinnungsethik und der Verantwortungsethik. Bei letzter sollte der Mensch alle Folgen seines Handelns klar abschätzen und letztlich verantworten. Nur im Namen der Gesinnung eine moralische Oberhoheit zu verkünden kann zu großen Verwerfungen führen, wie Europa angesichts des Übergreifens der vielen Konflikte, die im Nahen Osten ihren Ursprung haben, spürt.

---

<sup>21</sup> <http://www.lorientlejour.com/article/963638/attaques-jihadistes-la-crainte-dun-11-septembre-europeen.html> vom 7.1.2016

<sup>22</sup> [http://www.focus.de/politik/deutschland/chaos-bei-der-fluechtlings-registrierung-chaos-bei-registrierung-fluechtlingszuege-leeren-sich-auf-fahrt-durch-deutschland\\_id\\_5052512.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/chaos-bei-der-fluechtlings-registrierung-chaos-bei-registrierung-fluechtlingszuege-leeren-sich-auf-fahrt-durch-deutschland_id_5052512.html) Focus vom 10.11.15